



EDITORIAL

Andreas J. Zehnder
Vorstandsvorsitzender

„Mega-Ziele“ verlangen besondere Maßnahmen. Das gilt auch für das Vorhaben, bis zum Jahr 2050 in Deutschland einen „annähernd klimaneutralen Gebäudebestand“ zu erreichen. Dass sich die Politik hier der staatlichen KfW bedient, ist nachvollziehbar.

Anders sieht es aus, wenn es um Häuser geht, die „nur“ den normalen Neubaustandard erfüllen; nicht um „KfW-Effizienzhäuser“. Hier befindet sich die KfW mit ihrer Staatsgarantie im Rücken voll im (leider unfairen) Wettbewerb mit privaten Anbietern.

Fünf Milliarden Euro hat sie für ihr Wohneigentumsprogramm allein 2013 ausgegeben. Ohne, dass ein Marktversagen vorliegt. Und ohne spezifischen gesetzlichen Auftrag. Denn aus der im KfW-Gesetz definierten „Förderung der Wohnungswirtschaft“ lässt sich dieses Programm nun wirklich nicht ableiten. Ganz abgesehen davon, dass man sich fragen muss, welchen Wert zinsverbilligte Darlehen in der nun schon länger andauernden Tiefzinsphase eigentlich haben sollen?

Um eines klar zu stellen: Dass die KfW ihren Spielraum nutzt, ist ihr gar nicht zu verdenken. Wenn es aber nicht zu einer Selbstbeschränkung kommt, ist die Politik gefordert. Sie sollte ein Signal in Richtung „Konzentration der KfW auf ihre Kernaufgaben“ aussenden. Ein „normales“ Wohneigentumsprogramm, losgelöst von Energieeffizienzzielen, gehört nicht dazu.

Hoher Wohneigentumswunsch bei Menschen mit Migrationshintergrund

Menschen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland fest verwurzelt. Das zeigt sich auch bei der Wohnsituation: Der Anteil derjenigen, die im Eigentum wohnen, entspricht fast dem Bundesdurchschnitt. Auch ist der Wunsch, sich in den nächsten Jahren eigene vier Wände anzuschaffen, stark ausgeprägt.

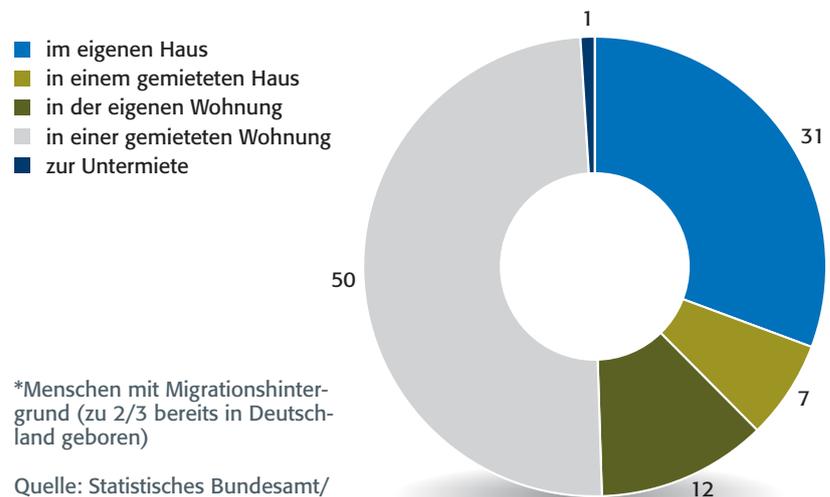
Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von Icon Added Value aus Nürnberg im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen. Befragt wurden dabei über 1.000 Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund zu ihrer Wohnsituation, ihren Wohnwünschen und ihrem Sparverhalten.

Fast zwei Drittel der Befragten sind bereits in Deutschland geboren und leben hier schon seit mehr als 20 Jahren. Nur etwas mehr als ein Drittel ist noch selbst nach Deutschland eingewandert. Drei Viertel der Befragten wollen dauerhaft hier bleiben – jeder Siebte ist noch unentschlossen. Nur jeder Zehn-

Fortsetzung auf Seite 2

Wohnsituation von Migranten* in Deutschland

Angaben in Prozent



INHALT

Hoher Wohneigentumswunsch bei Menschen mit Migrationshintergrund	1	Überschuldungsrisiko in Deutschland deutlich unter EU-Durchschnitt	5	„Wohn-Riester“ weiterhin nachgefragt	7
Bergische Universität Wuppertal: Doppelt qualifiziert	3	„Angst-Sparen“ statt „Lust-Sparen“	6	Wohnungsbau braucht Bauland	8

Fortsetzung von Seite 1

te plant, Deutschland in nächster Zeit wieder zu verlassen.

Wohnumfeld

Zwar leben Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in der Stadt als der Bundesdurchschnitt. Die Abweichungen sind aber nicht wesentlich. Fast 38 Prozent leben in einer Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern (Bundesdurchschnitt: 31 Prozent) – davon 20 Prozent in einer Stadt mit mehr als 500.000 Einwohnern (Bundesdurchschnitt: 16 Prozent). Erhebliche Differenzen gibt es allerdings bei der Haushaltsgröße: Während im Bundesdurchschnitt 40 Prozent der Haushalte Singlehaushalte sind, sind es bei Menschen mit Migrationshintergrund nur 20 Prozent.

Wohnsituation

Bei der Wohnsituation unterscheidet sich diese Bevölkerungsgruppe jedoch kaum von den Deutschen ohne Migrationshintergrund: Bereits 43 Prozent der Befragten leben im Wohneigentum – fast genauso viele wie im Bundesdurchschnitt mit knapp 46 Prozent. 31 Prozent haben sich dabei für ein eigenes Haus entschieden, 12 Prozent für eine Eigentumswohnung.

Das Statistische Bundesamt kam für Deutsche mit Migrationshintergrund, die

in diese Umfrage zu 82 Prozent eingeflossen sind, für das Jahr 2011 auf eine Wohneigentumsquote von 40 Prozent. Bei den in Deutschland lebenden Ausländern belief sich die Wohneigentumsquote danach auf fast 29 Prozent.

Der Erwerb erfolgt laut Umfrage in zwei von drei Fällen zusammen mit dem Ehepartner. Der Erwerb mit Geschwistern oder anderen Verwandten außer den Eltern spielt mit weniger als 4 Prozent praktisch keine Rolle.

„Diese Menschen sind längst mitten in unserer Gesellschaft angekommen“, erklärte dazu der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Privaten Bausparkassen, Andreas J. Zehnder. „Das Bekenntnis zum Wohneigentum zeigt in besonderer Weise, wie sehr sie hier verwurzelt sind und unser Land bereichern.“

Wohnwünsche

Die Unabhängigkeit der eigenen vier Wände bleibt für Menschen mit Migrationshintergrund ein Lebenstraum – wie beim Rest der Bevölkerung auch. 30 Prozent der Befragten wollen in den nächsten paar Jahren ins Eigenheim ziehen. Dabei wird der Wunsch nach Wohneigentum heute von mehr als jedem Dritten der Befragten stärker eingeschätzt als vor fünf Jahren. Bei fast der Hälfte ist er genauso groß.

Befragt nach dem Wohnwunsch in zehn Jahren, träumen sogar 57 Prozent der Mieter von eigenen vier Wänden. Unter den jetzigen Eigentümern wollen 62 Prozent in ihrem Eigenheim bleiben, 34 Prozent in anderes Wohneigentum ziehen. Als Hauptvorteile sehen sie die Unabhängigkeit vom Vermieter, freie Gestaltungsmöglichkeiten und langfristig finanzielle Vorteile gegenüber dem Mieten.

Sparformen

Für 61 Prozent ist Bausparen ein geeigneter Weg, zu einem Eigenheim zu kommen. Fast ein Drittel der Befragten spart auch mit einem Bausparvertrag für dieses Ziel. Häufigere Sparformen sind nur Sparbuch/Spareinlagen, Girokonto und Tagesgeld.

83 Prozent meinen, dass es sich lohnt, dafür zu sparen. Als Nachteil wird jedoch die hohe finanzielle Belastung gesehen. Immerhin 62 Prozent sind nicht bereit, sich wirklich dafür einzuschränken. Rund zwei Drittel kann sich aber trotzdem vorstellen, auf andere Ausgaben zu verzichten – allen voran auf Modeartikel, Urlaub und Unterhaltungselektronik.

„Schaffe, schaffe, Häusle baue“, so Andreas J. Zehnder, „das gilt offensichtlich für Deutsche türkischer Abstammung genauso wie für Deutsche schwäbischer Abstammung.“ Die privaten Bausparkassen

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

würden dies seit langem begleiten. Zehnder: „Mit dem Bausparvertrag werden keine Zweitwohnungen in Spanien finanziert, sondern Wohnungen in Deutschland gebaut.“

Die sozial treffsichere Wohnungsbauprämie stelle dabei gerade auch für diese Bevölkerungsgruppe eine wichtige Anspärförderung dar. Die im früheren Wiedereingliederungshilfegesetz angelegte Möglichkeit einer Mitnahme der Wohnungsbauprämie ins Heimatland der

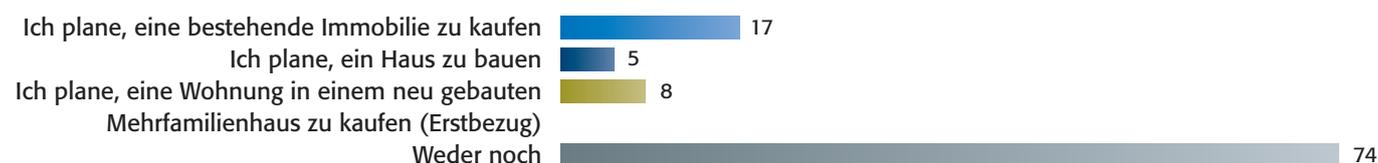
„Gastarbeiter“ spiele heute keine Rolle mehr. „Die Menschen bleiben hier und finanzieren hier in ihrer neuen Heimat“, betonte er. Mit der staatlich geförderten Eigenheim-Rente sei der Zugang zum Wohneigentum nochmals erleichtert worden. „Wohneigentumspolitik kann ein gutes Stück erfolgreicher Integrationspolitik sein.“

Hinweis zur Umfragemethode:

Die Befragung wurde im Rahmen eines Online-Panels durchgeführt. Dieses

unterliegt fachspezifischen Richtlinien. Zudem sind bei Panel-Management und bei Rekrutierung von Probanden hohe Qualitätsstandards garantiert. Die Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund wurde dabei gemäß Geschlecht und Altersgruppen möglichst repräsentativ abgebildet. Gewisse Einschränkungen ergeben sich allerdings unvermeidlich durch technische Barrieren wie Internetzugang sowie sprachliche Restriktionen (die Befragung hat ausschließlich auf Deutsch stattgefunden). ■

Kauf-/Bauplanung von Migranten* in Deutschland in den nächsten Jahren



*Menschen mit Migrationshintergrund (zu 2/3 bereits in Deutschland geboren)
Quelle: Icon Added Value

HOCHSCHULE

Bergische Universität Wuppertal: Doppelt qualifiziert

Woher kommt der akademische Nachwuchs für die Immobilienwirtschaft? In loser Folge stellen wir Hochschulen mit entsprechenden Studienangeboten vor, heute die Abteilung für Architektur (Fachbereich D) an der Bergischen Universität Wuppertal.

„Immobilienwirtschaft oder Bauökonomie als Vertiefungsrichtung für Architekten, das bieten bislang die wenigsten Universitäten an“, sagt Universitätsprofessor Guido Spars. Mit dieser Doppelqualifikation besitzt die Bergische Universität

Wuppertal nach seinen Worten ein markantes Alleinstellungsmerkmal in Nordrhein-Westfalen und der betreffende Absolvent dann breit gefächerte berufliche Startchancen – auch in der Wohnungswirtschaft oder als Projektentwickler.

Fallstudien aus der Praxis

Zugrunde liegt dem letztlich die Idee, die „starke räumliche Gestaltungskraft und Kreativität der angehenden Architekten mit den Inhalten der Immobilienökono-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

mie zu verknüpfen“. Das immobilienwirtschaftliche Handwerkszeug dafür wie Markt- und Standortanalyse und Wirtschaftlichkeitsberechnungen eignen sie sich während des Masterstudiums vornehmlich in Projektentwicklungs-Fallstudien an. „Dort zeigen sie realen Interessenten, das heißt Kommunen, Investoren etc., welche wirtschaftlich tragfähigen und zugleich kreativen Lösungen machbar sind.“ Jüngst beispielsweise für das Prym-Areal, eine ehemalige Textilfabrik in Wuppertal-Barmen. So überraschend wie überzeugend war hier für die Adressaten der Vorschlag, den Komplex zu einem Gesundheitszentrum zu entwickeln. Konnten die Studenten in ihrer Nachnutzungsstudie doch verdeutlichen: Mit einer neuartigen Kombination aus Reha- und Vorsorgebereich und privatwirtschaftlichen freien Freizeitsporteinrichtungen lassen sich Synergien schaffen und die Zielgruppe vergrößern. Und auch die Lage des Komplexes zwischen zwei Krankenhäusern bietet sich dafür förmlich an.

Ausloten auf Nutzung und Nachfrage

In welche Richtungen könnte die Projektentwicklung laufen? Welche Nutzung lässt dabei am lokalen Standort die größere Nachfrage erwarten? – Diese und andere Fragen loten die Fallstudien aus und stellen damit ihre Praxisrelevanz unter Beweis. „Investoren können auf unseren Ergebnissen tatsächlich aufbauen“, bilanziert der Universitätsprofessor mit Bezug auf bisherige Projekte – vom großen Bürokomplex bis zum städtischen Schauspielhaus. „Sowohl die Stadt Wuppertal und die Wirtschaftsförderung kommen auf uns zu wie auch andere Städte aus Nordrhein-Westfalen und der ein oder andere Investor.“

Gearbeitet wird in kleinen Gruppen – „in konkurrierenden Teams“. Der thematische Bogen der immobilienökonomischen Vertiefung spannt sich dabei von Projektentwicklungsaufgaben hin zu generellen Themen der räumlichen Ent-



Im kommenden Jahr beziehen die Fakultäten für Architektur und Bauingenieurwesen an der Bergischen Universität Wuppertal ein neues Gebäude – hier der Entwurf des Erweiterungsbaus. „Als Fakultät sind wir klein – aber fein, mit einer großen Bandbreite von Vertiefungsrichtungen. Den Studierenden stehen damit sehr spezielle, auf den Arbeitsmarkt gut ausgerichtete Ausbildungsmodulare zur Verfügung“, so Lehrstuhlinhaber Professor Guido Spars. Ihn selbst hat die Schnittstelle zwischen Planung, Architektur und Immobilienwirtschaft seit seiner allerersten beruflichen Station „nicht mehr losgelassen“. Die führte ihn damals nach Leipzig – als Sanierungsbeauftragter für eines der größten Stadtanierungsgebiete der Bundesrepublik, den „Inneren Süden“ der Messestadt. | Foto: Architekturbüro ©kadawittfeldarchitektur

wicklung, die stärker forschungsbezogen sind. „In diesem Semester beschäftigen wir uns zum Beispiel mit der Stadtentwicklung am Wasser, die vor allem stark Wohnungsbau getrieben ist“, erklärt der Wissenschaftler.

Nachverdichtung als Forschungsthema

Mit der Nachverdichtung in Wachstumsstädten findet sich für 2015 ein weiteres Wohnungsbauthema auf dem Forschungstableau des Masterkurses: Wo kann man intelligent nachverdichten, dazubauen oder draufsatteln? Wie kann man intelligente Häuser entwickeln, die sich vielleicht auch an andere Häuser dranhängen, beziehungsweise in einem bislang gewerblich genutzten Innenhof entstehen? Welche Potenziale gibt es, um die wachsende Zahl Wohnungssuchender in den attraktiven Lagen unterzubringen?

Mit „weitgehend zugebauten Innenstädten“ stehen die Wachstumsstädte – wie Spars feststellt – in der Regel vor ähnlichen Problemen: Wie motiviert man private Eigentümer, auf ihrem Grundstück

vielleicht noch ein weiteres Haus zu bauen oder ihr Gebäude aufzustocken? Oder sich ein Grundstück mit anderen zu teilen? – „75 Prozent des Wohnungsangebotes kommen von Kleinvermietern“, weist der Wissenschaftler auf die Crux hin. Hier das Gespräch suchen – ein hoher Aufwand. Viele Kleinvermieter scheuen nach seinen Worten die Risiken – „Vielleicht auch zu Recht?“. Auch damit sollen sich die Untersuchungen der Studierenden befassen.

Raumunternehmern auf der Spur

In schrumpfenden Städten – aber nicht nur dort – gehen die Forscher und Studenten um Professor Spars derzeit dem Faszinosum Raumunternehmer auf den Grund. Oder sollte man passenderweise sagen: Sie folgen dieser Spur? – Die führt zu Gewerbebrachen, an die sich sonst keiner mehr herangewagt hat. Zu Immobilien, die lange leer standen. „Wo professionelle Entwickler die Hände heben: Das Risiko ist zu hoch und die Rendite zu niedrig. Da kommen Leute um die Ecke und fangen gewissermaßen an, die Stadt nach ihren Vorstellungen zu entwickeln“,

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

verdeutlicht Spars den Begriff, den die Wissenschaftler dafür gefunden haben. „Die Do-it-yourself-Projektentwickler – wie man sie auch nennen könnte – gründen einen Verein oder eine Initiative und stellen mit der Zeit fest, dass sie damit auch wirtschaftlich erfolgreich sind.“ Auf dem ehemaligen Areal eines Druckmaschinenherstellers in Berlin entstand so mit dem „Ex-Rotaprint“ ein gut funktionierender Gewerbehof, in dem Künstler ihre Ateliers und Kreative ihre Büros haben. In Leipzig war es eine Baumwollspinnerei, die in neuer Funktion für die neuen Nutzer zu erschwinglichen Mieten erhalten blieb. In Wuppertal gelang das mit Oxtor, einer ehemaligen Fabrik, in der junge Musiker jetzt Proberäume haben, und mit dem Mirker Bahnhof, in dem junge Kreative an ihren Ideen für Utopia-Stadt planen.

Stadtentwicklung von morgen im Blick

„Wir haben etliche Beispiele untersucht“, so Spars, der zum Thema Raumunternehmer gerade ein neues Buch veröf-

fentlicht hat. Ungefähr 30 solcher Raumunternehmer haben die Studenten allein in Wuppertal ausfindig gemacht. Dabei interessiert einerseits: „Was sind das für Leute, die da ‚ihr eigenes Ding‘ machen? – Was leisten die für die Stadt- und Regionalentwicklung? Was kann man dabei lernen?“ – Im Beispiel aus Berlin war es ein Künstlerpaar mit zwei Stiftungen im Hintergrund, wobei Gemeinnützigkeit und Erbbaurecht miteinander verbunden wurden. In Wuppertal – selbst ein Musiker, der die Idee und das Durchsetzungsvermögen hatte. Auch viele Architekten finden sich darunter, die auf diese andere kreative Weise eine Immobilie entwickeln und betreiben wollen.

Zugleich stellen sich für die Wissenschaftler generelle Fragen: Was ist mit den Boden- und Eigentumsrechten? Ist das ein Modell für viele brachliegende Immobilien in unseren Städten, die keiner mehr haben will? Sind Raumunternehmer die geeigneten Projektentwickler für solche Liegenschaften? Funktioniert so eventuell Stadtentwicklung von morgen? ■



Prof. Dr. Guido Spars hat den Lehrstuhl für Ökonomie des Planens und Bauens an der Bergischen Universität Wuppertal inne. Dieses Thema beschäftigt ihn darüber hinaus auch als Mitglied der Baukostensenkungskommission der Bundesregierung innerhalb des Bündnisses für bezahlbares Wohnen. Die Schaffung von Bauland durch die Kommunen sieht er dabei nach wie vor als grundlegenden Ansatz. Auch über die Baunebenkosten müsse man nachdenken. „Die Bürokratiekosten sind erheblich.“ | Foto: privat

BERICHT AUS BRÜSSEL

Überschuldungsrisiko in Deutschland deutlich unter EU-Durchschnitt

Kürzlich hat die EU-Kommission eine Studie zur Überschuldung europäischer Haushalte vorgelegt. Dabei wurden neben Ursachen und Auswirkungen auch Maßnahmen erfasst, mit denen die Überschuldung bekämpft werden soll. Außerdem wird eine „verantwortliche Kreditvergabe“ gefordert.

Die Studie, die im Auftrag der EU-Kommission von der Beratungsfirma Civic Consulting erstellt wurde, vermittelt durch länderspezifische Analysen einen Über-

blick über die Situation in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Danach gab es europaweit für das Jahr 2011 bei 11 Prozent der Haushalte Zahlungsrückstände. Von Über-

schuldung betroffen waren vor allem junge Familien und Haushalte mit mittlerem Einkommen insbesondere bei Inanspruchnahme einer Immobilienfinanzie-

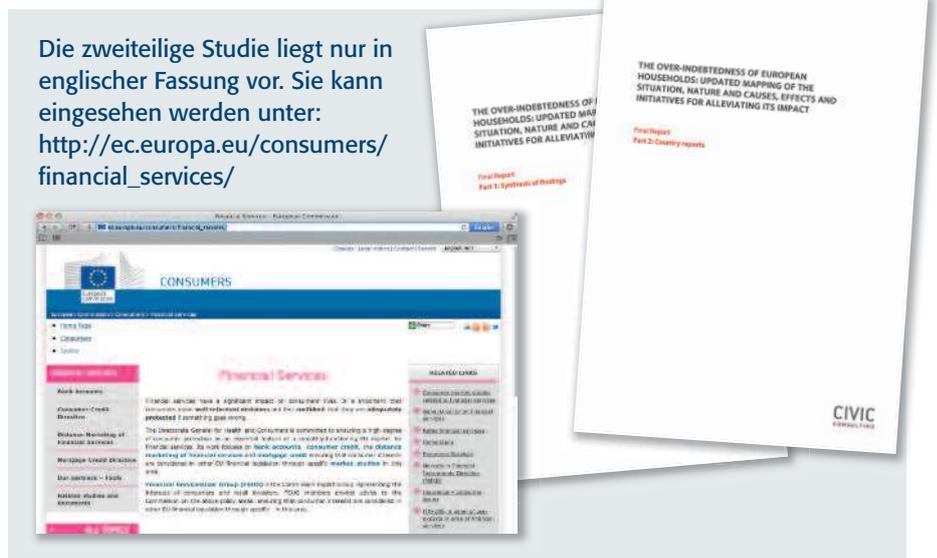
Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

31,5 Prozent der EU-Bürger stuften die „Wohnkosten“ – Kreditraten oder Mietzahlungen, Versicherungsgebühren und Verwaltungsgebühren – als finanzielle Belastung ein. Von 57 Prozent wurde der Hypothekarkredit als problematische Kreditform benannt.

In Deutschland konnten im Unterschied zur allgemeinen EU-Entwicklung für die fünf Jahre vor 2011 sinkende Zahlungsrückstände festgestellt werden. Die Quote lag hier im Jahr 2011 bei nur 5 Prozent. Entsprechend den Angaben des Europabarometers sehen sich 12 Prozent der Deutschen einem Überschuldungsrisiko ausgesetzt. Der EU-Durchschnitt beträgt 25 Prozent. Die Kreditausfallrate in Deutschland von 2,5 Prozent 2011 war dabei von der SCHUFA als stabil und niedrig eingestuft worden.

Die Studie bekräftigt die von der EU-Kommission schon häufiger erhobene



Die zweiteilige Studie liegt nur in englischer Fassung vor. Sie kann eingesehen werden unter: http://ec.europa.eu/consumers/financial_services/

Forderung nach einer „verantwortungsvollen Kreditvergabe“. Die EU-Mitgliedstaaten sollten verstärkt präventive Maßnahmen ergreifen, um eine Überschuldung erst gar nicht entstehen zu lassen.

Dazu gehörten Frühwarnsysteme und spezielle Schutzbestimmungen für Haushalte, die ihr Wohneigentum nicht mehr finanzieren können. ■

HERBSTUMFRAGE 2014 DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

„Angst-Sparen“ statt „Lust-Sparen“

Die eingetrübten Wirtschaftsaussichten fördern offensichtlich das „Angst-Sparen“. Dieses ersetzt auch mangels Alternative zunehmend das „Lust-Sparen“. Das ergibt sich aus der Herbstumfrage 2014 zum Sparverhalten der Deutschen. TNS Deutschland GmbH, Bielefeld, befragte dazu im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen zum 52. Mal über 2.000 Bundesbürger im Alter von über 14 Jahren.

Nachdem im Sommer 2014 die Sparbereitschaft auf den mit Abstand tiefsten Wert seit Beginn dieser Umfragerihe gefallen war, stieg der Sparer-Anteil im Herbst 2014 um 10 Prozentpunkte auf 50 Prozent. Die damalige Reaktion auf die Entscheidung der Europäischen Zentralbank, den Leitzins auf ein neues Re-

kordtief zu senken, ist offenbar der Einsicht gewichen, für die Zukunft trotzdem mehr vorsorgen zu müssen. „Durch die trüben Konjunkturaussichten findet ein verstärktes Angst-Sparen statt“, erklärte dazu der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Privaten Bausparkassen, Andreas J. Zehnder. „Geld unter das Kopf-

kissen zu legen, ist selbst bei Mini-Zinsen eben keine Alternative.“

Die wachsende Verunsicherung der Menschen spiegelt sich auch in den Sparmotiven wieder: Die „Altersvorsorge“ steht nach einem Anstieg um 13 Prozentpunkte auf 64 Prozent wieder auf Platz 1. Das

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Sparmotiv „Konsum/Anschaffungen“ verlor gegenüber der letzten Umfrage 6 Prozentpunkte und liegt jetzt mit 59 Prozent auf Platz 2.

Der Wunsch nach mehr Sicherheit drückt sich auch im deutlichen Zuwachs des drittichtigsten Sparmotivs „Erwerb/Renovierung von Wohneigentum“ aus.

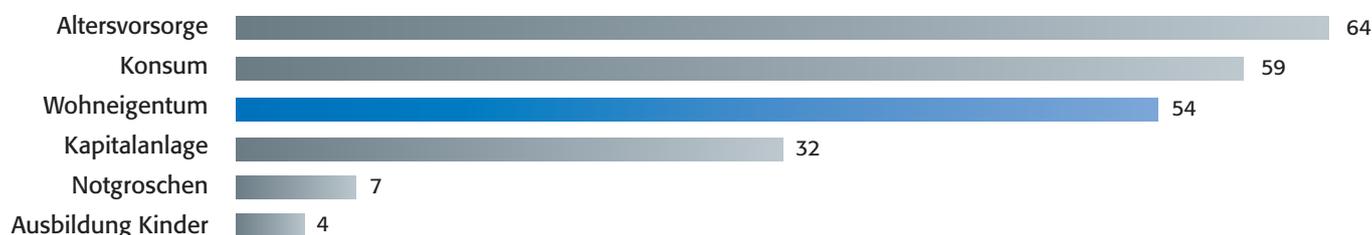
54 Prozent der Deutschen nennen es – nach 46 Prozent im Sommer 2014. Das Sparmotiv „Kapitalanlage“ folgt mit 32 Prozent der Nennungen. Zuletzt waren es 31 Prozent.

Nach ihrem zukünftigen Sparverhalten befragt, erklärten 8 Prozent, demnächst mehr sparen zu wollen. Im Sommer 2014

gaben dies 6 Prozent an. Weniger sparen wollen 12 Prozent – nach zuvor 11,1 Prozent. Der Sparklima-Index des Verbandes stieg deshalb von -4,4 auf -3,5 an. Dieser wird als Saldo aus den Prozent-Anteilen derjenigen berechnet, die künftig mehr sparen wollen, und derjenigen, die künftig weniger sparen wollen. ■

Sparmotive der Bundesbürger

Herbstumfrage 2014; Durchschnittliche Anteile in %*



* Die Summe der Prozentanteile ergibt wegen Mehrfachnennungen mehr als 100 Prozent

Quellen: Verband der Privaten Bausparkassen, Infratest

EIGENHEIMRENTE

„Wohn-Riester“ weiterhin nachgefragt

Der Bestand an Eigenheimrenten stieg in den ersten neun Monaten 2014 um 159.000 auf über 1,3 Millionen. Ein Plus von 24.000 auf knapp 3,1 Millionen war bei Investmentfondsverträgen zu ver-

zeichnen. Riester-geförderte Banksparverträge legten im Bestand um 5.000 auf 811.000 zu. Dagegen sank die Zahl der Versicherungsverträge um 66.000 auf 10,83 Millionen. Der Bestand an Riester-

Renten insgesamt erhöhte sich damit unter dem Strich um 122.000 auf etwas über 16 Millionen. ■

Bestandsentwicklung bei Riester-Verträgen 1.-3. Quartal 2014



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Wohnungsbau braucht Bauland

Obwohl immer mehr Wohnungen gebaut werden, wird die Lücke zwischen Bautätigkeit und Baubedarf in den Wachstumsregionen immer größer.

Grund dafür ist nach Auffassung des ifs-Städtebauinstituts fehlendes und zu teures Bauland. Während im Bundesdurchschnitt die Grundstückskosten etwa 15 Prozent der Herstellungskosten eines Wohngebäudes ausmachen, liegt ihr Anteil in den Wachstums- und Zuzugsregionen deutlich höher. Auf dem diesjährigen Wohnungspolitischen Forum in Berlin forderte der ehemalige Bundesbauminister und Kuratoriumsvorsitzender des ifs, Eduard Oswald, deshalb ein gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden, um Bremsen für eine ausreichende Baulandbereitstellung zu beseitigen.

In einem 24 Punkte umfassenden Thesenpapier des Institutsdirektors Dr. Peter Runkel werden die politischen und rechtlichen Hindernisse aufgelistet, die es den Städten und Gemeinden erschweren, Bauland in ausreichendem Umfang auszuweisen. Es findet sich unter www.ifs-staedtebauinstitut.de



IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband der Privaten Bausparkassen e. V.
Für den Inhalt verantwortlich: Alexander Nothhaft
Satz: Eins 64 Grafik-Design, Bonn

Anschrift der Redaktion:
Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin
Telefon: (030) 59 00 91-523 · Telefax: (030) 59 00 91-501
Internet: www.bausparkassen.de